



dietz berlin

Rosa Luxemburg

**Nationalitätenfrage
und Autonomie**

Herausgegeben von Holger Politt

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

**ROSA LUXEMBURG
NATIONALITÄTENFRAGE UND AUTONOMIE**

HERAUSGEGEBEN UND ÜBERSETZT VON HOLGER POLITT

Das Nationalitätenproblem
№ 260/Азр

KARL DIETZ VERLAG BERLIN

INHALT

HOLGER POLITT	9
ROSA LUXEMBURGS »KRAKAUER HORIZONT«	
Zur vorliegenden Ausgabe	34
ROSA LUXEMBURG	41
NATIONALITÄTENFRAGE UND AUTONOMIE	
1. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen	43
2. Nationalstaat und Proletariat	85
3. Föderation, Zentralisation und Partikularismus	105
4. Zentralisation und Selbstverwaltung	129
5. Nationalität und Autonomie	157
6. Autonomie des Königreichs Polen	185
ANHANG	247
Lenins Polemik gegen den »Krakauer Horizont«	248
Parteien	263
Zeitschriften und Zeitungen	273
Zu den Länderbezeichnungen	278
Biographische Angaben	284

**HOLGER POLITT
ROSA LUXEMBURGS »KRAKAUER HORIZONT«**

Der Gegensatz Lenin–Luxemburg reicht
ziemlich weit in die Vergangenheit zurück.
Georg Lukács

In Polen findet sich in jeder Stadt, die etwas auf sich hält, eine Straße mit dem Namen Józef Piłsudskis, manchmal ist es auch ein Platz. Damit wird vor allem an Piłsudskis Rückkehr nach Polen erinnert, am 11. November 1918 traf er, aus der Festungshaft in Magdeburg kommend, mit dem Zug in der Hauptstadt Warschau ein. Die Legende verbindet mit diesem Datum die Wiederherstellung Polens, weshalb der 11. November als Staatsfeiertag begangen wird, erstmals geschah das 1937 und 1938, seit 1989 wird daran angeknüpft.

Einen Tag zuvor, am 10. November 1918, traf mit dem Zug Rosa Luxemburg in Berlin ein – auch sie kam aus einem deutschen Gefängnis. In der deutschen Hauptstadt waren Leben und Politik durcheinandergeraten, im Unterschied zu Warschau tobte hier die Revolution. Beide Rückkehrer wurden in den kommenden Wochen zu herausragenden Akteuren in Bewegungen, denen sie sich seit langem eng zugehörig fühlten. Beide sahen sich allerdings zu Korrekturen veranlaßt, die ihnen der Ausbruch des Ersten Weltkriegs und die folgenden Jahre aufgenötigt hatten. Piłsudski stieg endgültig aus dem Sozialismus aus, an der »Straßenbahnhaltestelle Unabhängigkeit«, wie später gern kolportiert werden wird. Rosa Luxemburg hingegen wandte sich von der Sozialdemokratie ab, erwartete im Fegefeuer von Kriegsende und Revolution einen grundsätzlichen Neubeginn der sozialistischen Bewegung.

Anders als Piłsudski aber trug sie schwer an dem Verlust dessen, was ihr politische Heimat gewesen war. Wer in ihren Schriften aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg das stolze Wort Sozialdemokratie liest, ahnt, wie qualvoll der Abschied von dem gefallen ist, was auch nach dem August 1914 weiter als Sozialdemokratie zu bestehen suchte. Keine Spur bei ihr von einem leichtfüßigen Wechsel der Straßenbahnen.

Was Piłsudski nun schnell und gründlich zum beinahe restlosen Verzicht auf einstige sozialistische Überzeugungen führte – die Wiederherstellung Polens durch den Zusammenschluß der drei Teilungsgebiete –, hatte Rosa Luxemburg immer für ein Hirngespinnst, für eine rückwärtsgewandte Utopie, für ein wirklichkeitsfremdes Unterfangen gehalten. Für sie hatte die Tradition der polnischen Nationalaufstände des 19. Jahrhunderts unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen längst aufgehört, mehr zu sein als ein die Gemüter erbauender historischer Stoff. Niemand könne die gescheiterte nationale Tradition der Polen wiederbeleben, auch nicht die Arbeiterbewegung, obwohl oder weil sie im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zur wichtigsten gesellschaftlichen Kraft aufgestiegen sei.

Denn Proletariat und Bourgeoisie, auch im modernen Polen längst die beiden entscheidenden gesellschaftlichen Hauptklassen, würden sich von ganz anderen Inter-

essen leiten lassen. Rosa Luxemburgs Rechnung war verblüffend einfach: Das Zeitalter der Ausbildung bürgerlicher Nationalstaaten sei – zumindest für Europa – vorüber. Prominentestes Opfer dieser Tendenz sei Polen geworden, das durch Besonderheiten seiner Entwicklung nicht die innere Kraft besessen habe, einen eigenen Nationalstaat auszubilden. Als eine wichtige, wenn nicht überhaupt als die wichtigste Ursache machte Rosa Luxemburg das Ausbleiben der Klassenkämpfe zwischen Adel und Bourgeoisie, den Niedergang der Städte aus, wodurch bereits im ausgehenden 17. Jahrhundert ein geschichtliches Urteil über die im 16. Jahrhundert gebildete polnisch-litauische Union, die stolze Rzeczpospolita, gesprochen worden sei.

Aus historischem Abstand sei die eigentlich interessante Frage deshalb nicht, warum das alte Polen unterging, sondern warum es, obwohl innerlich bereits im 17. Jahrhundert des gesellschaftlichen Motors beraubt, seinen Nachbarn erst einhundert Jahre später zum Opfer fiel. Diese Verzögerung, so Rosa Luxemburg, habe schlichtweg mit der Tatsache zu tun, daß die drei Teilungsmächte selbst erst Ausgangs des 18. Jahrhunderts in ihrer absolutistischen Entwicklung so weit fortgeschritten waren, um sich als feige Eroberer gegen ihren nicht unbedeutenden Nachbarn überhaupt durchsetzen zu können. Zu klären, was ein weiteres Jahrhundert später aus diesem Schicksal für das moderne Proletariat in Polen folge, war eine zentrale Aufgabe, der sich Rosa Luxemburg vornehmlich in ihren polnischen Schriften widmete.

Als im November 1892 in einem Pariser Vorort nicht einmal zwanzig Männer versuchten, mit der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) ein organisatorisches und politisches Zentrum für die polnische Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen, war fern in ihrem Züricher Exil zunächst auch Rosa Luxemburg der Idee zugetan. Doch die Trennung folgte rasch, weil die PPS kaum ein Jahr später programmatisch die Forderungen nach Sozialismus mit der nach der Wiederherstellung Polens verband. Dies hielten Rosa Luxemburg und ihre künftigen engsten Mitstreiter für einen Verrat an den Arbeiterinteressen, für ein Verwässern des sozialistischen Gedankens. Sie setzten dagegen auf ein Zusammengehen von Sozialismus und Sturz des Zarismus, gründeten ihrerseits eine Partei, die sie selbstbewußt Sozialdemokratie des Königreichs Polen (SDKP) nannten. Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Julian Marchlewski und Adolf Warski waren überzeugt, erst diese sozialdemokratische Partei werde den Interessen der Arbeiterklasse ihres Landes einen tragfähigen und zeitgemäßen politischen Ausdruck geben.

Zusammen mit der neuen Partei wurde eine Zeitung gegründet, die »Sprawa Robotnicza« (Arbeitersache), die im Zentrum der Aktivitäten der SDKP stand. Über diese Zeitung wurde die Auseinandersetzung mit dem als falsch ausgemachten Programm der PPS geführt, die mit dem »Robotnik« (Arbeiter) ebenfalls ein solches publizistisches Sprachrohr besaß.

Beide Organe wurden im Ausland gedruckt und in die Heimat geschmuggelt. Verantwortlich für die Redaktion zeichneten beim sozialdemokratischen Blatt Rosa Luxemburg, beim sozialistischen war es Józef Piłsudski. 1895 brachten beide Redak-

tionen Broschüren heraus, die sich mit dem Verhältnis zu Rußland befaßten und programmatischen Anstrich besaßen. Pitsudski nannte seine Arbeit »Rußland«, Rosa Luxemburg die ihrige »Das unabhängige Polen und die Arbeitersache«. Beide Autoren blieben ihren Grundmotiven treu und gingen davon aus, daß sich die eigene Sicht auf die Dinge fast von allein verstehe. Agitatorischer Tonfall überwog, schärfste Abgrenzung gegenüber der jeweils anderen Sicht war vorausgesetzt.

In erster Linie ging es darum, die noch lockeren Reihen in der Heimat an die eigene Fahne zu binden. Angesprochen wurde von beiden ein namenloser polnischer Arbeiter, der im sogenannten Königreich Polen wohnte, weil nur in diesem zu Rußland gehörenden Gebiet des früheren Polens von großindustrieller Entwicklung gesprochen werden konnte. Während Józef Pitsudskis Sozialisten auf einen gesamt-polnischen Anspruch nicht verzichten wollten, ging es ihnen doch um die Wiederherstellung Polens, bekannten sich Rosa Luxemburgs Sozialdemokraten schon durch den Namen zu ihrem Prinzip: eine Arbeiterpartei ausschließlich für das Königreich Polen, für keinen anderen Teil Polens. Das wurde auch durchgehalten, als an der Jahrhundertwende sich das Aktionsgebiet der Partei durch Zusammenschluß – zumindest dem Namen nach – auf das von Rußland viel gründlicher vereinnahmte und weitaus schwächer industrialisierte Litauen erweiterte; nun hieß die Partei Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL), sie konzentrierte sich auch weiterhin vor allem auf das Gebiet des Königreichs Polen.

Pitsudski machte seine Schrift mit einer Gleichung auf: »Der größte Feind der polnischen Arbeiterklasse ist das russische Zarentum.«¹ Da auf russischer Seite der Kampf der Proletarier noch ganz in den Anfängen stecke und zudem im Meer des hoffnungslos zurückgebliebenen Bauerntums verschwinde, treffe der Kapitalismus in Rußland noch nicht auf jenen politischen Widerstand, auf den er ansonsten überall bereits stoße. Auch Rußlands hoffnungslos zurückgebliebene Infrastruktur wird angesprochen, das Fehlen leistungsstarker Eisenbahnen, einer funktionstüchtigen Post und ähnlichem. Mit einem Wort, der Autor sah keine Möglichkeit, den Zarismus insgesamt, also im ganzen Russischen Reich zu stürzen, er blieb bei der Überzeugung, die entscheidende Zurückdrängung des Zarentums müsse durch die Polen geleistet werden, indem durch den Kampf der Arbeiterklasse das Joch der Zarenherrschaft wenigstens auf polnischem Boden abgeschüttelt werde. Diesem Beispiel würden schließlich andere unterdrückte Völker folgen, was dann letztlich auch in Rußland zu einer Revolution führen werde.

Rosa Luxemburg nannte diesen Standpunkt »sozialpatriotisch« und wies ihn entschieden zurück, weil ein unabhängiges Polen nicht mehr Ziel der Arbeiterbewegung sein könne. Direkt auf den Pitsudski-Beitrag bezieht sich folgender Abschnitt: »Die Polnische Sozialistische Partei schreibt, daß in Rußland völlige Barbarei herrsche, daß

1 Józef Pitsudski: Rosja [Rußland], in: ders.: Wybór pism [Ausgewählte Schriften], Wrocław, Warschau, Kraków 1999, S. 3.

das Volk sich dort ganz aus zurückgebliebenen Bauern zusammensetze, die an den Zaren glaubten wie an einen Gott, und dann gebe es nur noch sehr wenige städtische Arbeiter, aber die wenigen, die es gebe, kämpften nicht. Genau aus diesem Grund überreden sie uns zur Lostrennung von Rußland, denn in Rußland könne der Zar weiß Gott wie lange noch herrschen, und wir allein wüßten uns mit ihm nicht zu helfen.«²

Für Rosa Luxemburg entsprach diese Beschreibung dem Zustand Rußlands vierzig oder fünfzig Jahre zuvor. Inzwischen hätten sich die Zeiten auch in Rußland gründlich geändert. Der wirksamste Kampf gegen das Zarenregime sei nunmehr der Kampf des Proletariats um demokratische, um bürgerliche Freiheiten, also um eine Verfassung, aussichtslos hingegen sei der Kampf um die Wiederherstellung Polens. Für den Kampf um demokratische Verhältnisse aber sei der entschlossene Kampf des Proletariats aller unterdrückten Nationalitäten erforderlich, was bedeute, politisch und organisatorisch zusammenzufinden, um den gemeinsamen Kampf gegen das Zarentum politisch führen zu können. In die Schrift eingewoben war die Vorahnung einer das gesamte Riesenland durchrüttelnden Revolution: »Die Zarenregierung, der Tyrann schwankt und zittert in seinen Fundamenten. Vereinen wir unsere Kräfte und stürzen ihn in den Abgrund.«³

In dem schmalen Bändchen versuchte Rosa Luxemburg erstmals, ihrer Überzeugung vom Erschöpfen der Tradition der polnischen Nationalaufstände einen zusammenhängenden Ausdruck zu geben. Während die Konkurrenz der PPS das Lied von Sozialismus und Unabhängigkeit, also der politischen Freiheit Polens anstimmte, gab die SDKP unmißverständlich die Tonlage von Sozialismus und demokratischen Freiheiten im gesamten Reich vor. Auch wenn es in der konkreten Durcharbeitung der Hauptthemen Überschneidungen gab, blieb die schroffe, unversöhnliche Entgegensetzung über lange Zeit bestehen. Erst der Ausbruch der russischen Revolution von 1905 brachte hier manches durcheinander.

Da sie sich auf ihrem Weg von Anfang an als Schülerin der Lehren von Marx und Engels verstand, sei Friedrich Engels zitiert, der im Vorwort zur zweiten polnischen Ausgabe des »Manifests der Kommunistischen Partei« noch 1892 die baldige Grundauffassung der PPS vorzugeben schien: »Die rasche Entwicklung der polnischen Industrie, die der russischen über den Kopf gewachsen, ist aber ihrerseits ein neuer Beweis für die unverwüsthliche Lebenskraft des polnischen Volks und eine neue Garantie seiner bevorstehenden nationalen Wiederherstellung. Die Wiederherstellung eines unabhängigen starken Polens ist aber eine Sache, die nicht nur die Polen, sondern die uns alle angeht. Ein aufrichtiges internationales Zusammenwirken der europäischen Nationen ist nur möglich, wenn jede dieser Nationen im eigenen Hause vollkommen

2 Rosa Luxemburg: Das unabhängige Polen und die Arbeitersache, in: Klaus Kinner (Hrsg.): Neue Texte von Rosa Luxemburg, Leipzig 2011, S. 80 f. (Titel im Original: Niepodległa Polska a sprawa robotnicza.)

3 Ebd., S. 85.

autonom ist.«⁴ Engels wiederholte hier die traditionelle Überzeugung der westeuropäischen demokratischen und sozialistischen Bewegung, wonach das aufständische Polen sein bester und verlässlichster Verbündeter im Kampf gegen den reaktionären Einfluß des zaristischen Rußlands sei. Mit dieser Überzeugung brach Rosa Luxemburg von Anfang an, allerdings gab ihr der Hinweis auf die völlige Autonomie der einzelnen Nationen zum Zwecke ihres aufrichtigen Zusammenwirkens die entscheidende Richtung vor.

In ihrer ersten »Unabhängigkeits«-Kritik wollte sie die Frage der Autonomie für das Königreich Polen ursprünglich zwar anschneiden, entschied aber wegen der unerbittlichen Auseinandersetzung mit der PPS aus taktischen und politischen Erwägungen anders. An ihren Lebenspartner und engen Kampfgefährten Leo Jogiches schrieb sie 1894: »Wie Du [...] sofort merken wirst – habe ich einen entschiedenen Schritt hinsichtlich unserer politischen Losung getan, sie lautet klipp und klar Konstitution. Wenn der Kampf in die Massenarena hinaustritt (früher, als wir es wollten), sind klare Abgrenzungen der Begriffe, sind die Bezeichnungen, das Wort – Grundbedingungen für die Verständigung. Sie werden ohne Frage ständig die Worte »politische Freiheit« verwenden, und deshalb müssen sie aus unserem Gebrauch weg. Wir müssen diesem Wort etwas entgegenstellen. Autonomie wäre für uns jetzt nur von Schaden, sie würde eine allgemeine Begriffsverwirrung anrichten, um so mehr, als wir sie nicht offen stellen können, sondern nur in Umschreibungen. Deshalb halte ich es für notwendig, sie bis zu einem gegebenen Zeitpunkt aufzuheben. Höchstens in einem deutschen Artikel, denn dort versteht man. Hier, in einem polnischen, würde uns auch nur die geringste Andeutung einer Gemeinsamkeit mit ihnen schaden. Deshalb habe ich mich entschieden und klar, eindeutig, ohne Vorbehalt geschrieben: Unsere Losung – das ist die Konstitution.«⁵

1903 war der Zeitpunkt erreicht, an dem Rosa Luxemburg die Aktualität der komplizierten Autonomie-Frage für das Königreich Polen offensichtlich wurde. Wegen der nationalen Frage war der Versuch der SDKPiL gescheitert, mit der faktisch neugegründeten sozialdemokratischen Partei im russischen Gesamtreich organisatorisch zusammenzugehen, es kam zu unerwarteten Spannungen und tiefen Verwerfungen. Allerdings sah sich Rosa Luxemburg erst einige Jahre später, nach dem Scheitern der Revolution von 1905, in der Lage, ihren Autonomie-Ansatz ausführlicher zu begründen. Sie tat es in vorliegender Schrift.

4 Friedrich Engels: Vorwort zur zweiten polnischen Auflage (1892) des »Manifests der Kommunistischen Partei«, in: Karl Marx, ders.: Werke (im folgenden MEW), Bd. 22, S. 283.

5 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 24. März 1894, in: dies.: Gesammelte Briefe (im folgenden GB), Bd. 1, S. 25.

II

Im Frühjahr 1908 schrieb Henryk Walecki, der spätere Mitbegründer der Kommunistischen Partei Polens, einen kritisch-polemischen Beitrag unter dem Titel »Die SDKPiL und die Autonomiefrage«⁶. Walecki war seit 1897 in der PPS tätig und wurde nach der Spaltung der Partei im Jahre 1906 zu einer der wichtigsten Persönlichkeiten in dem sich PPS-Lewica (PPS-Linke) nennenden Teil. Unter dem Eindruck der Revolution ließ diese Partei in der nationalen Frage die Unabhängigkeitsforderung fallen und legte sich, bezogen auf eine künftige Republik in Rußland, ein Föderalismusprogramm zu, das bei Rosa Luxemburg sofort auf schärfste und beißende Kritik stieß. Sie hielt den Föderationsgedanken für nicht vereinbar mit den Interessen der Arbeiterbewegung, für eine rückwärtsgewandte Utopie, die sich den notwendigen Erfordernissen des Klassenkampfes in der modernen bürgerlichen Gesellschaft versperre. Im Falle des Königreichs Polen würde eine Autonomie auf föderativer Basis schnell zur Beute reaktionärer gesellschaftlicher Kräfte werden, die sich skrupellos auf die klerikal-adlige Tradition stützen würden. Ihre entschiedene Ablehnung des Föderationsgedankens als Mittel zur Lösung der nationalen Frage im Russischen Reich brachte sie in mehreren Beiträgen für die theoretische SDKPiL-Zeitschrift »Przegląd Socjaldemokratyczny« (Sozialdemokratische Rundschau) zum Ausdruck, wobei die PPS-Lewica dabei zur bevorzugten Zielscheibe wurde. Redakteur dieser Zeitschrift war Leo Jogiches, ihr ehemaliger Lebenspartner, zu dem sie in allen Fragen der polnischen Arbeiterbewegung auch nach der persönlichen Trennung engsten Kontakt hielt. Einen kräftigen Nachhall dieser Föderalismuskritik findet der Leser auf den Seiten von »Nationalitätenfrage und Autonomie«. Allerdings wird die PPS-Lewica hier nicht mehr direkt erwähnt, die Kritik an der Partei ist in den übergeordneten Kontext eingebunden.

Walecki, seit 1907 Redakteur der Zeitschrift »Myśl Socjalistyczna« (Der sozialistische Gedanke), des theoretischen Organs der PPS-Lewica, unterstrich in seinem als Antwort auf die scharfen Luxemburg-Kritiken gedachten Beitrag, daß die SDKPiL überhaupt kein schlüssiges Konzept in der Autonomiefrage besitze, sich um dieses schwierige politische Thema seit Jahren mit Ausflüchten herumgögele. Bekannter seien die Positionen Rosa Luxemburgs in der polnischen Frage, wobei diese vor allem als Auseinandersetzung mit dem früheren PPS-Programm der Wiederherstellung Polens gelten könnten. Da die PPS-Lewica nun aber von diesem Programm Abschied genommen habe, reiche der bloße Verweis auf diese Positionen für die Kritik des Föderalismusprogramms nicht aus. Ganz am Anfang ihres Weges, in der Schrift »Das unabhängige Polen und die Arbeitersache«, habe Rosa Luxemburg zwar auf die Möglichkeiten der Selbstverwaltung für Stadt- und Landgemeinden verwiesen, dies aber eher am Rande getan und seither nicht wesentlich vertieft oder ausgearbeitet. Insbesondere

6 Henryk Walecki: SDKPiL a zagadnienie autonomii [Die SDKPiL und die Autonomiefrage], in: ders.: Wybór pism [Ausgewählte Schriften], Warschau 1967, Bd. 1, S. 303–324.

gehe es um die für die Arbeiterbewegung im Königreich Polen lebenswichtige Frage einer Landesautonomie, die, wenn die Wiederherstellung Polens nicht mehr aktuell sei, in der nationalen Frage ja die einzige noch mögliche Lösung wäre. Zwar fordere auch die SDKPiL für das Königreich Polen die Landesautonomie, doch müsse nunmehr erklärt werden, wie das ohne föderative Struktur im künftigen russischen Staat funktionieren solle.

Waleckis Kritik traf einen Schwachpunkt in der Konzeption Rosa Luxemburgs. In ihrer jahrelangen Auseinandersetzung mit dem auf die Wiederherstellung Polens zielenden PPS-Programm hatte sie vor allem objektive Gründe geltend gemacht. Anders gesagt, sie sprach sich weniger gegen eine polnische Unabhängigkeit oder eine Wiederherstellung Polens aus, sie hielt vielmehr dieses Begehren für illusorisch, für eine Frage, die durch die geschichtliche Entwicklung längst ausreichend beantwortet und erledigt sei. Die Frage stand für sie einfach nicht mehr. Als wichtigsten Punkt hob sie dabei von Anfang an hervor, daß die beiden Hauptklassen der modernen Gesellschaft, die Bourgeoisie und das Industrieproletariat, an einem unabhängigen polnischen Staat kein Interesse mehr zeigen würden. Träger solcher Absichten seien vielmehr die Reste der alten Adelsschicht und das Kleinbürgertum mit einer in viele Richtungen schillernden Intelligenz in seiner Mitte. Von diesen Gruppen werde mit aller Macht die Tradition der Nationalaufstände hochgehalten, was einem grotesken Kostümfest ähnele, sei doch dieser Tradition aus der Mitte der Gesellschaft der lebensspendende Saft längst verwehrt. Auch in »Nationalitätenfrage und Autonomie« hielt Rosa Luxemburg an diesem Grundverständnis fest. Deshalb sei an dieser Stelle an Marx erinnert, der die Verfassung vom 3. Mai 1791 aus der Perspektive des Aufstandsjahres 1863 vor allem wegen ihres freiheitlichen Versprechens würdigte: »Mit allen ihren Mängeln erscheint diese Konstitution mitten in der russisch-preußisch-österreichischen Barbarei als das einzige Freiheitswerk, das Osteuropa je selbständig aufgerichtet hat. Und sie ging ausschließlich von der bevorrechteten Klasse, dem Adel, aus. Die Weltgeschichte bietet kein andres Beispiel von ähnlichen Adel des Adels.«⁷

Entscheidend für Rosa Luxemburg war in dieser Frage stets die Periode, die nach der Niederlage des Januaraufstandes von 1863 eingesetzt hatte. Auf der einen Seite bekam das Königreich Polen den restlosen Abbau aller überhaupt noch an Eigenständigkeit erinnernden Regelungen zu spüren, was insbesondere im Bereich des öffentlichen Dienstes einer fast durchgehenden (und deshalb auch unsinnigen) Russifizierung gleichkam, dessen schönste Blüte wohl die Verordnung gewesen sein dürfte, an den Schulen sogar den Polnischunterricht auf Russisch durchzuführen. Andererseits setzte eine gesellschaftliche Entwicklung ein, die in einem vorher nicht gekannten Ausmaß zu umfassender Industrialisierung und maschineller Großproduk-

7 Karl Marx: Polen, Preußen, Rußland (Erster Entwurf), in: ders.: Beiträge zur Geschichte der polnischen Frage. Manuskripte aus den Jahren 1863–1864, Warschau 1986, S. 154.

tion führte, wodurch ein modernes und zahlenmäßig starkes Industrieproletariat entstand. Rosa Luxemburgs Züricher Dissertation über die Industrialisierung Polens aus dem Jahre 1898 war nicht zuletzt der Faszination für diesen gewaltige Ausmaße annehmenden Prozeß entsprungen, den sie insbesondere am Beispiel von Łódź, dem polnischen Manchester, nationalökonomisch beleuchtete.

Es waren zugleich die Jahrzehnte ihrer Jugend, in denen in der Heimat entscheidende Weichen in Richtung einer modernen bürgerlichen Gesellschaft gestellt wurden. Das hieß für sie aber auch, der Weg werde frei für die volle Ausprägung der Klassenkämpfe, die letztlich auch die Hülle der nicht reformierbaren zaristischen Verhältnisse hinwegreißen würden.

Ihr Konzept schöpfte aus den, wie sie lange meinte, vollen und alles Vergangene gründlich in Frage stellenden Quellen der bestehenden Gesellschaft, nicht aus Trugbildern der Vergangenheit, die nur solange als Ersatz gelten konnten, wie es der Gesellschaft an der vollständigen Ausprägung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat fehle. Da nun die Proletariate der verschiedenen Nationalitäten im Zarenreich zusammenwirken müßten, habe das polnische Proletariat wegen der fortgeschrittenen kapitalistischen Entwicklung im Königreich Polen eine besondere Verantwortung, die insbesondere im Verhältnis zur russischen Arbeiterbewegung zur Wirkung kommen müsse. Allerdings war Rosa Luxemburg, die in der Auseinandersetzung mit der PPS vor allem diesen Aspekt betont hatte, innerhalb der überaus zerklüfteten polnischen Arbeiterbewegung schnell in den Ruf gekommen, Verfechterin eines »organischen Zusammenwachsens« des Königreichs Polen mit Rußland, der polnischen mit der russischen Arbeiterbewegung zu sein. Selbst vor den Reihen der SDKPiL machte dieser Verdacht nicht halt. Restlos verstanden hat sie sich in dieser Frage eigentlich nur mit Leo Jogiches.

Waleckis Vorwurf fand seine Nahrung im tatsächlichen Fehlen einer umfassenden theoretischen Darstellung der vielen unterschiedlichen Facetten der Nationalitätenfrage. Daran änderte auch nicht, daß Rosa Luxemburg mit breiter Unterstützung durch Jogiches in der Revolutionszeit eine programmatische Broschüre vorgelegt hatte, in der noch einmal der internationale Charakter des Klassenkampfes hervorgehoben und jeder Gedanke an eine Wiederherstellung Polens zurückgewiesen worden war.⁸ Als erste gemeinsame Forderung des polnischen und russischen arbeitenden Volkes wurde die Republik genannt, dann folgte die Gleichberechtigung aller Nationalitäten, die den russischen Staat bewohnen. Unter diesem Punkt wurde auch die Landes-selbstverwaltung, also die Autonomie für Polen gefordert.

In einem Brief an Jogiches beschrieb Rosa Luxemburg ihre Schwierigkeiten mit diesem Abschnitt: »Jetzt mache ich mich an die Verbesserung des Stückes über die Selbstverwaltung. Zum Teufel, ich weiß selbst nicht, wie ich da herauskommen soll. Du

8 Rosa Luxemburg: Was wollen wir? Kommentar zum Programm der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens, in: dies.: Gesammelte Werke (im folgenden GW), Bd. 2, S. 37–89.

bist wirklich gescheit, Du überläßt alle diese Fragen mir zum Entwirren. Aber woher, zum Teufel, soll ich wissen, wie das machen? Nun, ich mache es, wie ich kann. Aber das alles ist wieder auf einmal herabgestürzt! Ich eile an die Arbeit.«⁹ Immerhin deutete der fertige programmatische Text schließlich eines der grundlegenden Probleme an, mit dem sich Rosa Luxemburg in »Nationalitätenfrage und Autonomie« ausführlicher auseinandersetzen wird: »Da unser Land innerhalb des russischen Staates eine gewisse gesonderte Gesamtheit bildet, die sich im kulturellen und teilweise auch im sozialökonomischen Leben vom übrigen Staat unterscheidet, fordert die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens zugleich mit der allgemeinen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aller Nationen für Polen die Landesselbstverwaltung, also die Autonomie.«¹⁰ Nachdem sie bisher größten Wert auf die Tatsache gelegt hatte, daß das Königreich Polen mit allen Fasern seines modernen gesellschaftlichen Lebens an Rußland gekettet sei, wurden die Akzente nun anders gesetzt: Das Königreich Polen stelle eine »gewisse gesonderte Gesamtheit« dar, die sich kulturell und teilweise sozialökonomisch von Rußland unterscheide.

Zu einem Zeitpunkt, als die politische Gegenwart Rosa Luxemburgs unnachgiebige Haltung in der polnischen Frage zu bestätigen schien, nämlich während der Revolution von 1905, sah sie sich gezwungen, den eigenständigen gesellschaftlichen Charakter des Königreichs Polen stärker herauszustreichen. Nach der Spaltung der PPS, der langjährigen hartnäckigen Gegnerin in den Reihen der polnischen Arbeiterbewegung, hatte sie Grund, zu triumphieren, und tat es gelegentlich in polemischer Absicht, denn das alte Unabhängigkeitsprogramm der Wiederherstellung Polens lag wohl, wie viele meinten, endgültig am Boden. Die PPS-Lewica erklärte den vollen Verzicht auf dieses Programm, der andere, der kleinere Teil, die PPS-Frakcja Rewolucyjna (Revolutionäre Fraktion) u. a. mit Pitsudski, hielt zwar am Ziel der Wiederherstellung Polens entschieden fest, mußte allerdings einen spürbaren Verlust an Einfluß unter den Arbeitern hinnehmen und griff in den Revolutionstagen noch mehr zum Mittel terroristischer und einzelner Untergrundaktionen.

Das Problem für Rosa Luxemburg bestand im Föderalismus, den der vom Unabhängigkeitsprogramm Abstand nehmende PPS-Teil nun entschieden favorisierte. Rosa Luxemburg kehrte also zu einem Thema zurück, das bereits 1905 – am Beginn der Revolution – auf der Tagesordnung gestanden hatte: »Den Artikel über die Autonomie und die Föderation habe ich seit langem in Arbeit, nur reißt mich dauernd etwas ›Dringendes‹ weg. Ich mache mich daran, um es maximal bis zum 15. Juli zu beenden. Wie wichtig es ist, spüre ich selbst, die Sache ist schwierig und erfordert theoretische Arbeit, aber es scheint, daß ich mich gut aus der Affäre ziehe.«¹¹ Als sie sich drei Jahre

9 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 24./25. Oktober 1905, in: GB, Bd. 2, S. 216.

10 Luxemburg: Was wollen wir?, in: GW, Bd. 2., S. 55 f. Das hier angeführte Zitat wurde mit dem polnischen Original verglichen und präzisiert.

11 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 27. Juni 1905, in: GB, Bd. 2, S. 142.

später, 1908, schließlich daran machte, ihre wohl wichtigste polnischsprachige Arbeit zu Papier zu bringen, war der Gegenstand ihr immer noch genauso wichtig wie am Beginn der Revolution. Neben den polnischen Umständen spielten dabei Dinge eine Rolle, die weit darüber hinausgingen und einen Mann zu verblüffender Reaktion verleiten werden, der in die Geschichte des 20. Jahrhunderts als dessen erfolgreichster Revolutionär eingegangen ist: Lenin.

III

Adolf Warski zählte zu den engsten Kampfgefährten Rosa Luxemburgs. Er war ihr politischer Begleiter bereits in Züricher Tagen, Mitbegründer der SDKP und unentbehrlicher Mitarbeiter der »Sprawa Robotnicza«. Sein politisches Leben, überhaupt sein Leben endete in Moskau. Nachdem er 1929 in der Kommunistischen Partei Polens (KPP) politisch entmachtet wurde, durchgesetzt auf Geheiß der Kommunistischen Internationale, wurde er nach Moskau an das Marx-Engels-Institut gerufen. Hier schrieb und veröffentlichte er zwei Texte, die sich an seine polnischen Genossen richteten und sich wie eine selbstkritische Geschichte der SDKPiL lesen. Denn er machte die Gleichung auf, daß Polens Ende 1918 gegründete Kommunistische Partei nicht vollständig bolschewistisch werden könne, solange in der nationalen Frage das Erbe der SDKPiL nicht restlos überwunden sei. Die Verantwortung für diesen Erbteil lud er vollständig auf Rosa Luxemburg und Leo Jogiches ab. Von den übrigen SDKPiL-Mitgliedern wurden nur noch die beiden Delegierten der SDKPiL auf dem 2. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) im Jahre 1903 erwähnt – Warski selbst und Jakob Hanecki. Beider Anteil an der fraglichen Sache war ohnehin in Moskau seit langem bekannt.

Der erste Text trägt den Titel »Zwanzigjähriger Streit mit Lenin«, wobei Warski dem Begründer der Bolschewiki von vornherein das Attribut der Unfehlbarkeit einräumte.¹² Der zweite Text ist die Einleitung zu »Materialien über den 4. Parteitag der SDKPiL und den 2. Parteitag der SDAPR«.¹³ Auf beiden Parteitagen des Jahres 1903 spielte jene Frage eine wichtige Rolle, die Rosa Luxemburg 1908 zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit über die Nationalitätenfrage erhob – der Streit um das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Ihre Haltung diesem Recht gegenüber war ablehnend, sie hielt es aus Sicht des Klassenkampfes des Proletariats für überflüssig, für ein Mittel, von den eigentlichen Zielen desselben abzulenken. Lenin – in dieser hartnäckig geführ-

12 Adolf Warski: Dwudziestoletni spór z Leninem [Der zwanzigjährige Streit mit Lenin], in: ders.: Wybór pism i przemówień [Ausgewählte Schriften und Reden], Warschau 1958, Bd. 2, S. 428–476. Erstveröffentlichung in »Z Pola Walki« (Vom Kampffeld), Nr. 5/6, Moskau 1929, dort »SDKPiL wobec II Zjazdu SDPRP – 20-letni spór z Leninem« [Die SDKPiL und der 2. Parteitag der SDAPR – 20jähriger Streit mit Lenin].

13 Adolf Warski: Materiały o IV Zjeździe SDKPiL i o II. Zjeździe SDPRR [Materialien zum 4. Parteitag der SDKPiL und zum 2. Parteitag der SDAPR], in: ders.: Wybór pism, Bd. 2, S. 477–500. Warskis Einleitung und die Dokumente wurden erstmals veröffentlicht in »Z Pola Walki«, Nr. 7/8, Moskau 1929, S. 141–219.

tene Auseinandersetzung für viele Jahre ihr Gegenspieler – pochte immer auf den generellen demokratischen Anspruch des Rechts einer jeden Nation, sich einen eigenen Nationalstaat bilden und sich von anderen Nationen staatlich losz trennen zu dürfen, weshalb eben auch die Arbeiterklasse, insbesondere unter den russischen Bedingungen, darauf größte Rücksicht zu nehmen habe. Lenin beharrte in dieser einen Frage auf einen Mehrheitswillen der Nation und kanzelte Rosa Luxemburg schulmeisterlich ab: Die »originellen Argumente« Rosa Luxemburgs in der Arbeit »Nationalitätenfrage und Autonomie« – so Lenin im Jahre 1914 – seien für einen Marxisten zu neun Zehnteln unwirksam, also: zu nichts nütze.¹⁴ Er warf der Autorin vor, die Dinge ausschließlich vom »Krakauer Horizont« aus zu betrachten. Als er das schrieb, hielt sich Lenin tatsächlich in der Umgebung von Kraków auf, Rosa Luxemburg hingegen hat die Stadt niemals betreten. Außerdem: Zwischen dem Königreich Polen, der Heimat und dem Kampfbo den Rosa Luxemburgs, und der alten polnischen Königsstadt, die in dem zu Österreich gehörenden Galizien einen wahren Dornröschenschlaf hielt, lagen Welten.

Durch Warskis Beiträge wurde die Geschichte dieses Streits zwischen Rosa Luxemburg und Lenin öffentlich. Hierin liegt bis heute ihr großer Wert. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Position Lenins von vornherein als die überlegene, die einzig richtige apostrophiert wurde und auch eine beiläufig hingeworfene Verneigung vor der Weitsicht Stalins nicht fehlte. Im Gegenteil. Es fällt unter dieser Hülle, die statt organisch mit dem Inhalt verbunden zu werden, übergestülpt wurde, eine Sachlichkeit auf, mit der die als falsch und als unterlegen hingestellte Position Rosa Luxemburgs dennoch ausführlich und den Tatsachen entsprechend behandelt werden konnte. Es ist der Spagat, einerseits einzuräumen, daß die eigene Partei den Weg der vollständigen Bolschewisierung noch immer nicht bewältigen konnte, andererseits im Rahmen des Möglichen glaubhaft bei den Tatsachen zu bleiben. Da Warski 1929 durch Moskau aus den höchsten Funktionen der KPP gedrängt worden war, sind seine beiden Berichte auch so etwas wie eine der bereits damals üblichen »Beichten«.

Der Streit zwischen der SDKPiL und Lenin – in der Sache zwischen Rosa Luxemburg und Lenin – begann laut Warski 1903, mit den beiden erwähnten Parteitag, das Ende legte er eher unbestimmt in die Zeit zwischen 1923 und 1925. Mal sprach er von einem Streit, der faktisch bis zum Tode Lenins gereicht habe, dann wieder brachte er Feliks Dzierżyński ins Spiel, der 1924/25 als erster aus den Reihen ehemaliger SDKPiL-Mitglieder deren haltlose Positionen in der nationalen Frage öffentlich angesprochen habe. Insbesondere habe Dzierżyński auf die Auswirkungen dieses schwerwiegenden Fehlers bei der Niederlage der Roten Armee vor den Toren Warschus im August 1920 verwiesen, denn nötig wäre damals gewesen, den eigenständigen Charakter des ins Auge gefaßten Sowjetpolens stärker herauszustreichen, was aber die polnischen Kommunisten nicht getan hätten.

14 Vgl. W. I. Lenin: Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: ders.: Werke, Bd. 20, S. 397 f.

An anderer Stelle verwies Warski auf die proletarischen Revolutionen und Massenkämpfe zwischen 1917 und 1923, in denen alle Folgen des fatalen Fehlers der SDKPiL (und der PPS-Lewica sowie der KPP) in der nationalen Frage offengelegt worden seien. Als Tatsache bleibt aber stehen, daß die Kommunistische Partei Polens 1923 auf dem 2. Parteitag ihr Statut änderte und den Mitgliedsparagrafen der Bolschewiki übernahm, mit dem die tätige Mitarbeit in einer Parteiorganisation zur Mitgliedsvoraussetzung gemacht wurde. Außerdem wurde in einem offiziellen Dokument erstmals von einem Selbstbestimmungsrecht der Nationen gesprochen, was sich vor allem auf das Recht von Ukrainern und Belorussen bezog, sich vereinigen, also vom Nachkriegspolen losz trennen zu können. Wenn Warski in seinem Text mehrmals von der »nichtbolschewistischen« Rosa Luxemburg sprach, betonte er immer, daß deren Einfluß mindestens bis ins Jahr 1923 hinein gereicht habe. Er zeichnete mit der Wahl des Titels eine Trennlinie, die in etwa auf das Jahr 1923 festgelegt werden kann, ab dem von einer Bolschewisierung oder Leninisierung der polnischen Kommunisten gesprochen werden darf. En passant machte er damit klar: Rosa Luxemburgs Werk ließ sich weder für die Bolschewisierung noch für den Leninismus einspannen.¹⁵

1903 stand für die sozialdemokratische Bewegung im Zarenreich eine wichtige Zäsur an – die organisatorische Vereinigung der polnischen mit der russischen Sozialdemokratie, der SDKPiL mit der SDAPR. Über die Bedeutung des Schrittes waren sich alle Beteiligten im Vorfeld einig, weniger indes über die genaue Verfahrensweise. Der 4. Parteitag der SDKPiL, der vom 25. bis 29. Juli 1903 in Berlin mit insgesamt zehn Teilnehmern und ohne Rosa Luxemburg tagte, einigte sich auf sieben Kriterien, die beim Beitritt der SDKPiL zur SDAPR möglichst Berücksichtigung finden sollten. Laut Warski, er war als Teilnehmer dabei, entsprachen diese sieben Kriterien ganz der Linie und den Auffassungen Rosa Luxemburgs. An erster Stelle stand die völlige Selbständigkeit der SDKPiL in allen Belangen der politischen Arbeit im Königreich Polen und in Litauen, insbesondere das Recht auf eigene Parteitage, Parteikomitees und Parteipresse. Zweitens wurde für die Gesamtpartei die Bezeichnung »Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands« statt wie bisher »Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei« gefordert. Drittens stand als Bedingung, daß polnische sozialistische Organisationen der Gesamtpartei nur beitreten könnten, wenn sie zuvor der SDKPiL beigetreten waren. Viertens wurde die Mitarbeit eines SDKPiL-Vertreters in der Redaktion

15 Ihr unvollendet gebliebenes Gefängnismanuskript zur russischen Oktoberrevolution 1917 schloß Rosa Luxemburg mit folgendem Absatz, in dem sie den »Wille[n] zur Macht des Sozialismus überhaupt« zusammenfassend würdigt: »Dies ist das Wesentliche und Bleibende der Bolschewiki-Politik. In diesem Sinne bleibt ihnen das unsterbliche geschichtliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben. In Rußland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden, es kann nur international gelöst werden. Und in diesem Sinne gehört die Zukunft überall dem »Bolschewismus«.« Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: GW, Bd. 4, S. 365.

des Zentralorgans der Partei gefordert. Fünftens ging es um die Änderung des Paragraphen über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen im künftigen Parteiprogramm der SDAPR und sechstens um die Forderung nach Autonomie für das Königreich Polen und Litauen. Siebentens schließlich wurde die Übernahme der Haltung der SDKPiL in der Frage des Sozialpatriotismus, also die Ablehnung der Haltung der PPS, gefordert. Die Punkte eins bis drei wurden zur *Conditio sine qua non* für einen Beitritt zur SDAPR erhoben, die anderen Punkte konnten unter Umständen zurückgestellt werden.

Zu diesem Zeitpunkt war Rosa Luxemburg noch überzeugt, daß die – für die Einschätzung der Situation in Polen sensiblen – Punkte fünf bis sieben in der Gesamtpartei weitgehend auf Billigung oder Zustimmung stoßen würden. Auslöser für diese Haltung war ein namentlich ungezeichneter Beitrag in der Nummer 33 der »Iskra« (Funke), dem für die Parteiarbeit und die Parteilinie der SDAPR so außerordentlich wichtigen Parteiorgan. Niemand unter den polnischen Sozialdemokraten wußte oder ahnte, daß es sich um einen Beitrag Lenins handelte. Auch Warski erfuhr von der Autorschaft Lenins erst nach der Abfassung seines Beitrags über den zwanzigjährigen Streit zwischen Lenin und Luxemburg, meinte jedoch in einer kurzen Anmerkung am Schluß des Textes, diese Entdeckung würde nichts an seiner Meinung ändern.¹⁶

In der »Iskra« stand: »Es ist nicht Sache des Proletariats, Föderalismus und nationale Autonomie zu propagieren, es ist nicht Sache des Proletariats, Forderungen aufzustellen, die unweigerlich auf die Forderung hinauslaufen, einen autonomen Klassenstaat zu bilden.«¹⁷ Rosa Luxemburg konnte folglich der Annahme sein, daß die Gesamtpartei auch dann die Haltung der SDKPiL in der für sie so überaus sensiblen Nationalitätenfrage akzeptieren werde, wenn in das Programm der Paragraph über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen aufgenommen werde. Deshalb ihre weiche Haltung gegenüber dem Kriterium der Selbstbestimmung. Hinzu kam, wie auch Warski deutlich unterstrich, die tatsächlich nicht zu übersehende theoretische und programmatische Unsicherheit in dieser Frage, die insbesondere in dem nicht geklärten Verständnis der Autonomieforderung für das Königreich Polen und Litauen zum Ausdruck kam. Im Vordergrund stand für Rosa Luxemburg eindeutig der organisatorische Vereinigungsprozeß, der, ohnehin kompliziert, durch einstweilen zurückzustellende Unstimmigkeiten bei einzelnen Fragen nicht aufgehalten werden sollte.

Mit diesem Auftrag wurden Warski und Hanecki als Abgesandte der SDKPiL zum 2. Parteitag der SDAPR geschickt, der im Juli und August 1903 zunächst in Brüssel, dann in London tagte. Teilnehmer waren 43 Delegierte mit beschließender Stimme (darunter acht Delegierte mit doppelter Stimme) und 14 Delegierte mit beratender Stimme (darunter Warski und Hanecki). Während der Parteitag seine Beratungen

16 Siehe Warski: *Wybór pism*, Bd. 2, S. 476.

17 W. I. Lenin: *Das Manifest der armenischen Sozialdemokraten*, in: *Werke*, Bd. 6, S. 322. Die Nummer 33 der »Iskra« erschien mit Datum vom 1. Februar 1903.

abhielt, erschien die Nummer 44 der »Iskra«, darin ein nun namentlich gezeichneter Beitrag Lenins zur »nationalen Frage in unserem Programm«. Auslöser des Beitrags war ein Protest der PPS gegen den Programmentwurf der SDAPR. Lenin antwortete in dem Beitrag wie folgt: »Zweifellos steht die polnische Frage heute wesentlich anders als vor fünfzig Jahren. Man darf jedoch diesen gegenwärtigen Stand nicht als ewig betrachten. Zweifellos hat der Klassenantagonismus die nationalen Fragen jetzt weit in den Hintergrund gedrängt, doch darf man nicht, ohne Gefahr zu laufen, in Doktrinarismus zu verfallen, kategorisch behaupten, es sei unmöglich, daß diese oder jene nationale Frage vorübergehend in den Vordergrund des politischen Geschehens tritt. Zweifellos ist die Wiederherstellung Polens vor dem Sturze des Kapitalismus äußerst unwahrscheinlich, aber man kann nicht sagen, daß sie ganz unmöglich sei, daß die polnische Bourgeoisie sich unter bestimmten Umständen nicht auf die Seite der Unabhängigkeit stellen könne usw. Die russische Sozialdemokratie bindet sich daher in keiner Weise die Hände. Sie rechnet mit allen möglichen und sogar mit allen überhaupt denkbaren Wechselfällen, wenn sie in ihrem Programm die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen verkündet.«¹⁸

Schlagartig änderte sich die Haltung Rosa Luxemburgs, die Frage des Paragraphen über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (damals der Paragraph 7) rückte zur alles entscheidenden Bedingung auf. Alles andere war mit einem Male nebensächlich, der in Brüssel weilende Warski wurde dringlich angeschrieben: »Den Brief schreiben wir aus Anlaß der Nr. 44 der »Iskra«. Diese enthält eine Erklärung zum § 7, und deshalb steht die Frage auf des Messers Schneide. Es geht darum, daß Du den Russen sagst, daß der moralische Wert unseres Anschlusses an die Russen (ein Mittel gegen die PPS) für uns nach dem Artikel in der »Iskra« minimal ist. Und um den moralischen Wert allein ging es uns. Wenn sie sich nicht einverstanden erklären, den § 7 so zu ändern, wie wir es in jenem Brief vorschlagen, dann verhindern wir den Anschluß.«¹⁹ Am Ende dieses langen Briefes wird Warski ermutigt: »Sei ruhig, werde nicht nervös und zeige keine falsche Bescheidenheit: Tritt mit aller Brutalität für unsere Sache ein.«²⁰ Das tat der Delegierte auch, doch konnte er in dem nun entscheidenden Punkt nur noch die Niederlage vermelden. Die Vereinigung der SDKPiL mit der SDAPR war auf unabsehbare Zeit verschoben. Der zwischen den polnischen und den russischen Sozialdemokraten umstrittene Paragraph wurde ohne die polnischen Sozialdemokraten in folgender Fassung angenommen: »Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller Nationen, die zum Staate gehören«. In dem von Rosa Luxemburg angesprochenen Brief, der nach Lenins »Iskra«-Beitrag umgehend an Warski ergangen war, wurde folgende Formulierung des Paragraphen als Bedingung für einen SDKPiL-Beitritt

18 W. I. Lenin: *Die nationale Frage in unserem Programm*, in: *Werke*, Bd. 6, S. 457 f. Die Nummer 44 der »Iskra« erschien mit dem Datum 15. Juli 1903.

19 Rosa Luxemburg an Adolf Warski, 6. August 1903, in: *GB*, Bd. 6, S. 79.

20 Ebd., S. 82.

gestellt: »Institutionen, die allen zum Bestand des Staates gehörenden Nationalitäten die völlige kulturelle Entwicklung zusichern«.²¹ Diese Formulierung, so Rosa Luxemburg, berücksichtige wegen ihres allgemeinen Charakters die verschiedenartigen Bedingungen und Geschichtsverläufe der einzelnen Nationalitäten im russischen Staat, gebe den polnischen Sozialdemokraten die Möglichkeit, diesen Punkt in Beziehung auf Polen so auszulegen, daß die Autonomie für das Königreich Polen und eventuell für Litauen begründet werden könne. Abgesehen von der unmittelbaren Debatte, für die dieser Vorschlag und der kurze Kommentar dazu eher gedacht waren, finden wir hier zum ersten Mal die Aufgabenstellung, der sich Rosa Luxemburg einige Jahre später in »Nationalitätenfrage und Autonomie« ausführlich und gründlich stellen wird. Und die Entscheidung, statt von nationaler Frage künftig konsequent von Nationalitätenfrage zu reden.

Adolf Warski wurde 1937 in Moskau verhaftet und hingerichtet. So erging es auch dem anderen SDKPiL-Delegierten zum Parteitag von 1903, Jakub Hanecki wurde 1937 verhaftet und hingerichtet. Und so erging es auch Henryk Walecki. Waleckis Fall ist exemplarisch, denn er saß bereits in der Zarenzeit im Gefängnis, in Warschau, am selben Ort und übrigens zur selben Zeit wie Rosa Luxemburg. Legendär wurde sein im Frühjahr 1906 im Pawiak-Gefängnis entwickelter Plan, mit dem es gelang, zehn zum Tode verurteilte polnische Revolutionäre vor dem Schafott zu retten. Nach 1918 war er einer der ersten politischen Gefangenen unter Piłsudski, u. a. in Wronke, und wohl der erste, dem ein Fluchtversuch gelang. Danach folgten Jahre des politischen Exils, zumeist in der Sowjetunion. Nach seiner politischen Entmachtung in der KPP verblieb er wie Warski in der Sowjetunion, die bald zur tödlichen Falle wurde, aus der kaum noch einer der führenden oder bekannteren polnischen Kommunisten entkam.

IV

Ab Sommer 1908 schrieb Rosa Luxemburg in regelmäßigen Abständen an der Arbeit »Nationalitätenfrage und Autonomie«, einer Artikelserie, die Abschnitt für Abschnitt im »Przegląd Socjaldemokratyczny« erschien. Ihr alleiniger Ansprechpartner war Leo Jogiches, der Redakteur der Zeitschrift. Warskis Einschätzung, wonach in der polnischen Frage innerhalb der SDKPiL Rosa Luxemburg und Jogiches das ausschlaggebende Wort hatten, wird durch die näheren Umstände, unter denen diese Arbeit entstand, bestätigt. Jogiches muß es gewesen sein, der Rosa Luxemburg im Jahre 1908 zur Arbeit am Thema antrieb. Er war zu diesem Zeitpunkt fast vollständig mit den laufenden polnischen Angelegenheiten beschäftigt und hielt es für angebracht, in der

21 Übersetzt nach Warski: Wybór pism, Bd. 2, S. 437. In GB (Bd 6, S. 79) wird statt der Formulierung »Bestand des Staates« der Begriff »Staatsverband« gebraucht. Ein solcher Staatsverband hat aber nicht existiert und war auch nicht gemeint.

Nationalitäten- und Autonomiefrage den lange gereiften Überzeugungen der beiden eine ausformulierte theoretische Grundlage zu geben.

Inzwischen war in den Revolutionstagen seit Januar 1905 das alte PPS-Programm zur Wiederherstellung Polens zusätzlich unter Druck geraten. Rosa Luxemburg war überzeugt, es sei endgültig gescheitert. Das war einer der Gründe, weshalb die SDKPiL im Juni 1906 in Stockholm auf dem 6. Parteitag der SDAPR beitrug. Der Paragraph über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen spielte für die polnischen Sozialdemokraten nicht mehr die entscheidende Rolle, sie schluckten ihn ohne größere Widerstände, kramten auch die alte Luxemburg-Formulierung aus dem Jahre 1903 nicht mehr hervor, worauf Lenin dann 1914 bei seiner scharfen Kritik an der »Nationalitätenfrage und Autonomie« mehrmals anspielte. Warski beschrieb aus der Perspektive des Jahres 1929 diesen Fakt als ein eher unehrliches Spiel, denn wie hätte Lenin nach dem Beitritt der SDKPiL zur SDAPR ahnen können, daß Rosa Luxemburg und Jogiches gegenüber dem Selbstbestimmungsparagraphen ihre alten Vorbehalte nicht abgelegt hatten?

Der Ausbruch der Revolution nivellierte für Rosa Luxemburg die Bedeutung des Lenin-Artikels in der Nummer 44 der »Iskra«, so daß auch in der Frage des Paragraphen über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen der Ausgangszustand wiederhergestellt war. Eine Angelegenheit also, in der die Ansichten auf beiden Seiten zwar auseinandergehen würden, deren endgültige Klärung aber vertagt werden könne. Die aktuelle Revolution setzte eine andere Agenda.

Dieses prinzipielle Herangehen Rosa Luxemburgs wird durch eine weitere Tatsache unterstrichen. Im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Beitritt der SDKPiL zur SDAPR im Sommer 1903 trug sich Rosa Luxemburg mit der Absicht, für das Organ »Iskra« eine Broschüre über die gegenseitige Beziehung des polnischen und russischen Sozialismus zu schreiben. In der Einleitung wies sie darauf hin, daß nach ihrer Ansicht bei einer Vereinigung zweier sozialistischer Parteien die prinzipiellen Fragen Vorrang haben müßten vor den rein organisatorischen Fragen. Die Vereinigung sei ihr eine Frage des Programms und der Weltanschauung. Werde anders vorgegangen, stünde allein das organisatorische Interesse im Vordergrund, führe das zu neuer Spalterei.²² Nach der Veröffentlichung des Lenin-Artikels zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen in der »Iskra« brach Rosa Luxemburg die Arbeiten an der Broschüre umgehend ab. Als sie Anfang 1906 illegal im revolutionären Warschau weilte, bat sie Luise Kautsky um die Zusendung dieses Manuskripts: »Auf dem Schreibtisch neben Voltaires Büste liegt in dem Häufchen Papiere ein längliches Papiersäckchen mit meinem russischen Manuskript, etwa 116 nummerierte geschriebene Blättchen, drin. Wenn nicht dort,

22 Vgl. Róża Luksemburg: Polski i rosyjski socjalizm w ich wzajemnym stosunku. (Nie ogłoszona broszura) [Polnischer und russischer Sozialismus in gegenseitiger Beziehung. (Eine unveröffentlichte Broschüre)], in: Archiwum ruchu robotniczego [Archiv der Arbeiterbewegung], Warschau 1973, Bd. I, S. 25–72. Das Original des unveröffentlichten, handschriftlichen und auf Russisch geschriebenen Manuskripts befindet sich in Moskau. Feliks Tylich besorgte 1973 die erste Veröffentlichung des Manuskripts.

dann liegt es oben neben dem Marmorkopf vielleicht oder in der Schublade.«²³ Da Rosa Luxemburg am 6. Parteitag der SDAPR in Stockholm teilnehmen wollte, kann angenommen werden, daß sie die feste Absicht hatte, das 1903 angefangene Manuskript bis dahin zu beenden. Ihre Verhaftung am 4. März 1906 durch die zaristische Polizei stoppte die Pläne. Auch nach der Freilassung konnte sie die Arbeit am Manuskript nicht fortsetzen, da es beschlagnahmt und einbehalten worden war. So blieb von Rosa Luxemburg aus dieser für das Verhältnis zwischen der polnischen und russischen sozialdemokratischen Bewegung turbulenter Zeit die Schrift »Nationalitätenfrage und Autonomie« als weitgehend abgeschlossene und systematische Arbeit erhalten.

Gleich am Beginn des Textes stellt sie heraus, daß die Nationalitätenfrage durch die revolutionären Ereignisse für die Arbeiterbewegung nunmehr auch in Rußland zu einer aktuellen Aufgabe geworden sei, bis dahin habe sie vor allem die Tagesordnung der Sozialdemokratie in Österreich beeinflußt. Wie bei allen anderen Fragen seien für die Ausrichtung der Sozialdemokratie auch hier das Klasseninteresse des Proletariats und die Anforderungen des Klassenkampfes entscheidend. Sie kommt gleich zur Sache und legt den Dissens offen: Die SDAPR sei weit und breit die einzige sozialdemokratische Partei, die in ihrem Programm das Selbstbestimmungsrecht der Nationen vertrete.

Der gesamte erste Teil umfaßt die Auseinandersetzung mit diesem Paragraphen im russischen Parteiprogramm. Am Schluß fordert die Autorin so wie bereits 1903, den entsprechenden Paragraphen zu ersetzen. Statt jedoch auf ihren Vorschlag von 1903 zurückzukommen oder eine andere Formulierung vorzugeben, beschränkt sie sich darauf, das Kriterium zu formulieren, an dem sich dieser Paragraph im Parteiprogramm der SDAPR künftig ausrichten solle: Der Paragraph habe konkret und dennoch so allgemein gehalten zu sein, daß die Lösung der Nationalitätenfrage mit den Interessen des Proletariats der einzelnen Nationalitäten in Übereinstimmung gebracht werden könne. Diese Forderung gibt den Faden für die weiteren Teile der Arbeit vor, ist in erster Linie eigene Aufgabenstellung, denn die Autorin hat den Ehrgeiz, der prinzipiellen Lösung der Nationalitätenfrage im riesigen Flächenstaat vom Standpunkt der Klasseninteressen des Proletariats den Weg zu ebnen. Sie legt kein Veto ein und empfindet auch keinen Austritt der SDKPiL aus der Gesamtpartei, aber sie nimmt sich aus tiefer Überzeugung von der eigenständigen Rolle der polnischen Sozialdemokratie innerhalb der Gesamtpartei das Recht, Antworten zu formulieren auf eine für die sozialdemokratische Bewegung drängend gewordene Frage.

Im zweiten Teil setzt sich Rosa Luxemburg mit dem Zusammenhang von Nationalidee und Nationalstaat auseinander. Sie versucht nachzuweisen, daß der Nationalstaat sich erst unter bürgerlichen Bedingungen ausbilde, nicht umgekehrt die Voraussetzung sei für die Herausbildung bürgerlicher Verhältnisse. Die Periode der

23 Rosa Luxemburg an Luise und Karl Kautsky, 2. Januar 1906, in: GB, Bd. 2, S. 241.

Ausbildung bürgerlicher Nationalstaaten sei mit den Einheitsprozessen in Italien und Deutschland abgeschlossen, so daß für die Arbeiterbewegung in Österreich, vor allem aber im russischen Gesamtstaat Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung bestünden, durch die der Weg zur Ausbildung von Nationalstaaten praktisch unmöglich gemacht worden sei. Hier gehe es demzufolge um die Lösung von Nationalitätenfragen. Auch die polnische Frage, so die Konsequenz, wäre nunmehr weniger noch eine nationale Frage, sondern Teil der jeweiligen Nationalitätenfrage.

Im folgenden, dem dritten Teil, setzt sich Rosa Luxemburg mit dem Föderalismusgedanken als einer Lösungsmöglichkeit der Nationalitätenfrage auseinander, der u. a. durch die PPS-Lewica nach dem Verzicht auf das Programm der Wiederherstellung Polens übernommen worden war. Sie hält den Föderationsgedanken für eine bei jenen sozialistischen Gruppierungen bevorzugte herumgeisternde Idee, die nicht auf dem geschichtlichen Boden stünden. Zumeist werde diese Idee vor aller tieferen Analyse als ein Allheilmittel gegen die nationale Unterdrückung angesehen, was in jüngster Zeit insbesondere bei verschiedenen national gefärbten Bewegungen in Rußland zu beobachten sei.

Rosa Luxemburg stellt diesem Föderalismusgedanken die Entwicklungstendenz der bürgerlichen Gesellschaften hin zu Zentralstaaten entgegen, zeigt, daß die Föderalistustendenzen ein historischer Rückschritt seien, ein Protest gegen den bürgerlichen Zentralstaat gewissermaßen von Positionen des feudalen Partikularismus aus. Überall in Europa, wo sich Reste des Föderalismus erhalten hätten, so Rosa Luxemburg, verberge sich Monarchismus. Sie skizziert das am Beispiel Deutschlands, in dem bei Wahlen zum Zentralparlament, also zum Reichstag, das allgemeine und gleiche Stimmrecht durchgesetzt sei, wohingegen in einzelnen Teilstaaten – etwa in Preußen – davon noch längst keine Rede sein könne. Im tiefen Interesse der Arbeiterbewegung liege es, die zentralistische Tendenz der modernen bürgerlichen Gesellschaft auszunutzen, da in ihr die Perspektive künftiger Entwicklung vorgegeben sei. Alle Versuche, sich von dieser Tendenz abzukoppeln, führten ins geschichtliche Abseits, seien Wasser auf die Mühlen rückwärtsgerandter gesellschaftlicher Kräfte.

Dem wichtigen Korrektiv dieser zentralistischen Tendenz in der bürgerlichen Gesellschaft, der modernen lokalen Selbstverwaltung, widmet Rosa Luxemburg sich im vierten Teil. Mit der durchgreifenden Zentralisation entstehe ein mächtiger bürokratischer Apparat, der wegen seiner Schablonenhaftigkeit überhaupt nicht in der Lage sei, den Anforderungen des modernen bürgerlichen Wirtschaftslebens hinsichtlich Anpassungsfähigkeit und Feingefühl zu genügen. Erst eine starke lokale Selbstverwaltung biete die Möglichkeit, den an sich steifen Staatsapparat an die gesellschaftlichen Bedürfnisse anzupassen. In diesem Abschnitt zeichnet sie die geschichtliche Entwicklung der modernen Selbstverwaltung vor allem in Frankreich und England nach. Besonders das Beispiel Frankreich mache anschaulich, welche harten politischen Kämpfe geführt werden mußten, um die Prinzipien einer demokratischen Selbstverwaltung, in der die jeweilige Bevölkerung ihre Vertretungen in allge-

meinen und gleichen Wahlen auswählt, durchzusetzen. Rosa Luxemburg spricht sich für weitgehende Gesetzkompetenz der gewählten Selbstverwaltungsorgane aus, die freilich ihre Grenzen und ihr Maß in den allgemein geltenden Rahmenbedingungen finden müßte, die durch die Zentralorgane gesetzt seien. Denn die strenge Aufsicht der Zentralbehörden bleibe ein charakteristischer Zug der modernen Verwaltung im Unterschied zu allen Spielarten des Partikularismus. Starke Zentralregierung und starke, robuste Selbstverwaltung, so die Autorin, würden sich nicht nur nicht ausschließen, im Gegenteil: Sie würden sich bedingen.

Erst im fünften Teil kommt Rosa Luxemburg auf die Autonomiefrage zu sprechen. Unter bestimmten Bedingungen wachse auf dem gleichen Boden, auf dem in den kapitalistischen Ländern die moderne lokale Selbstverwaltung wachse, die Landes-selbstverwaltung – die Autonomie. In Staaten mit gesonderten Nationalitätsengebieten, die zugleich Gebiete mit bestimmten ökonomisch-gesellschaftlichen Besonderheiten seien, könne es zur Ausprägung der Selbstverwaltung auf höchster Ebene kommen, also zur Autonomie, zur Landesselbstverwaltung. Diese Autonomie komme jedoch nicht jeder Nationalität quasi automatisch und auf Grund ihrer bloßen Existenz zu, sondern sie bedürfe bestimmter, geschichtlich ausgebildeter Voraussetzungen: einer eigenen bürgerlichen Entwicklung, eines eigenen Stadtlebens, einer eigenen Intelligenz, eines eigenen literarischen und wissenschaftlichen Lebens. Ohne diese Voraussetzungen, so ihre Logik, wäre das Instrument der Autonomie, der Landesselbstverwaltung, wirkungslos und stumpf.

Rosa Luxemburg spricht sich eindeutig für eine Gebietsautonomie und gegen Nationalitätenautonomien aus. Entscheidend sei das Territorium, daß von einer oder mehreren Nationalitäten bewohnt werde, die im Gesamtstaate in einer Minderheitenposition seien. Nach diesen Voraussetzungen und Kriterien sieht Rosa Luxemburg für das Königreich Polen alle Bedingungen erfüllt, um für die Autonomie des Landes zu kämpfen. Ansonsten hält sie sich sehr bedeckt, sieht keine Möglichkeiten für weitere Landesautonomien im russischen Gesamtstaat. Mit einer Ausnahme – das Gebiet des alten Litauens, das aber wegen der komplizierten Nationalitätenbeziehungen zwischen Litauern, Belorussen, Juden, Polen und neuerdings Russen wiederum nicht geeignet sei.

Bereits auf dem 2. Parteitag der SDAPR im Jahre 1903 hatte die SDKPiL – ihrem Namen entsprechend – die Autonomie für das Königreich Polen und für Litauen gefordert. In ihrer Arbeit »Nationalitätenfrage und Autonomie« beantwortet Rosa Luxemburg die Frage anders. Wenn sie von Litauen spricht, meint sie – wie damals in Polen üblich – grundsätzlich das historische Litauen im Unterschied zum eigentlichen, dem »ethnischen« Litauen. Das Gebiet des historischen Litauens, vor den Teilungen Bestandteil der polnisch-litauischen Rzeczpospolita, umfaßte im Kern große Teile des heutigen Litauens und der heutigen Belarus. In der nationalen Zusammensetzung war dieses Gebiet im Unterschied zum Königreich Polen, in dem eine Bevölkerungsgruppe dominierte, ein kleiner, höchst widersprüchlicher Kosmos. Alle Kriterien abgewogen, käme für Litauen – so die Autorin – allenfalls eine Autonomie als territoriale Erweite-

rung der Autonomie des Königreichs Polen in Betracht. Doch dieser Lösung stünden eine Reihe gewichtiger, geschichtlich gewachsener Gründe entgegen, so daß letztlich für Litauen eine Autonomie unter den gegebenen Möglichkeiten nicht umsetzbar sei. So bleibe allein die Forderung nach einer Landesautonomie für das Königreich Polen stehen.

Dieser Frage widmet sich der sechste und umfangreichste Teil. Er dürfte für die Leser außerhalb Polens der schwierigste Abschnitt der Arbeit sein: Rosa Luxemburg setzt hier das Wissen und die Kenntnis um Dinge voraus, die außerhalb Polens meistens nicht gegenwärtig sind. Da das Königreich Polen im Ergebnis des Ersten Weltkriegs vollständig verschwand, in den Bestand der neugebildeten Republik Polen aufging, was Rosa Luxemburg aus der Perspektive der Jahre 1908/09 noch für völlig ausgeschlossen hielt, gewinnt der heutige Leser schnell den Eindruck, es handele sich bestenfalls um eine historisch relevante Beschreibungen Rosa Luxemburgs. Doch weit gefehlt. Hinter dem heute historisch anmutenden Stoff steckt wahrer Zündstoff, der das Temperament der Autorin zum Ausdruck bringt und Lenin veranlaßte, über einen »Krakauer Horizont« zu spotten. Zudem sei angefügt, daß die langen Passagen zur Geschichte der öffentlichen Schulbildung im Königreich Polen ein sehr persönliches Dokument Rosa Luxemburgs sind, hatte sie doch die Auswirkungen und Auswüchse dieser Bildungspolitik in den 1870er und 1880er Jahren in Warschau selbst zu spüren bekommen.

Es wurde bereits gesagt, daß Marx der festen Überzeugung gewesen war, nur ein Herausbrechen des Königreichs Polen aus dem Herrschaftsbereich des Zaren und damit die Wiederherstellung Polens überhaupt könne den reaktionären Einfluß des Zarenreichs aus der Mitte Europas zurückdrängen. Engels bekräftigte noch 1892 die Vorstellung einer bevorstehenden Wiederherstellung Polens, was als ersten und entscheidenden Schritt immer die Lostrennung des Königreichs Polen von Rußland zur Voraussetzung hatte. In »Nationalitätenfrage und Autonomie« pocht Rosa Luxemburg zwar seitenlang und überzeugend auf den eigenständigen und besonderen Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse im Königreich Polen, die ein hohes Maß an politischer Selbständigkeit erforderlich machten, doch nur im Rahmen einer Landesautonomie – also weiterhin innerhalb des russischen Gesamtstaates. Darüber, daß die beiden gesellschaftlichen Hauptklassen im Königreich Polen – die Bourgeoisie und das Proletariat – kein Interesse an einer Lostrennung von Rußland hätten, schrieb sie bereits ausführlich in der Zeit vor der Revolution von 1905. Nach der Erfahrung der Revolution sieht sie sich darin auch politisch bestärkt: Neben den beiden einflußreichsten Arbeiterparteien – SDKPiL und PPS-Lewica – verzichtete auch die wichtigste politische Kraft der polnischen Bourgeoisie, die Nationaldemokratie, auf die Aufstandstradition, lavierte allerdings aus Angst vor der Stärke der Arbeiterbewegung in allen Fragen des künftigen Verhältnisses zu Rußland. Auf verlorenem Posten schien Pilsudski zu stehen, immer noch der führende Mann bei den »Sozialpatrioten«, wie Rosa Luxemburg die »Wiederherstellungs«-Sozialisten seit jeher bezeichnete. Die allerdings kontroversen und heftigen Debatten unter den Intellektuellen, die in der

Einschätzung der Ereignisse von 1905 bis 1907 zwischen einer »ersten Revolution« und einem »weiteren Nationalaufstand« schwankten, verfolgt sie allenfalls am Rande, subsumiert sie wegen der häufig schwankenden, unentschiedenen und abwägenden Positionen am liebsten unter das »Kleinbürgertum«.

Rosa Luxemburg ist durch die Ereignisse der Revolution im Königreich Polen bestärkt und überzeugt, in diesem industriell fortgeschrittenen Land von einer wirkungsvollen und handlungsfähigen modernen Arbeiterbewegung ausgehen zu können. Diese könne für die Landesautonomie und so entschieden für die eigenen Interessen kämpfen, zugleich einen wichtigen und unentbehrlichen Beitrag für die im Gesamtstaat notwendigen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen leisten. Während Marx seinerzeit die Lostrennung des Königreichs Polen von Rußland für den entscheidenden Beitrag hielt, um den Zarismus zurückzudrängen, läßt sich Rosa Luxemburg von einer anderen Überzeugung leiten: Der Zarismus im russischen Gesamtstaat lasse sich nur stürzen, wenn die Arbeiterbewegung im Königreich Polen an der Seite der russischen Arbeiterbewegung kämpfe. Die Zugehörigkeit des Königreichs Polen zum Gesamtstaat sei für den endgültigen und grundlegenden Sturz des Zarismus zur Voraussetzung geworden. So kehrt die Gedankenführung zurück zum Ausgangspunkt, zur Kritik am Recht auf Selbstbestimmung der Nationen.

V

Scheinbar hielt Rosa Luxemburg in »Nationalitätenfrage und Autonomie« die europäische Welt so fest, wie sie nun einmal vorlag. Die Grenzen zwischen den großen Flächenstaaten waren ihr unverrückbar. Die Einschnitte, Verwerfungen und gewaltigen Änderungen, die auf der politischen Landkarte Europas im Ergebnis des Ersten Weltkriegs, also nur wenige Jahre später, sich einstellen werden, wußte sie nicht zu antizipieren. Hier werden umgekehrt alle diejenigen auf die große Bühne der Politik gespült werden, die sich im mittleren und östlichen Teil Europas für unabhängige Nationalstaaten eingesetzt hatten, so wie es in Polen Piłsudski getan hatte. Für Rosa Luxemburg war der Erste Weltkrieg zwischen den großen europäischen Mächten einfach nicht vorstellbar, weil sie in der enorm angewachsenen europäischen Arbeiterbewegung einen Kraftfaktor sah, der den Ausbruch eines solchen Krieges mit Massencharakter verhindern werde, was sie unterstützte, indem sie entschieden gegen Militarismus, Militarisation und Kriegsgefahr auftrat.

Und doch ist es müßig, die vorliegende Schrift an den Ergebnissen des Ersten Weltkriegs messen zu wollen. Viel lohnender ist es, das tiefe Verständnis des Zusammenhangs von bürgerlicher Gesellschaft und demokratischen Verhältnissen auszuloten, das diese Arbeit durchzieht. Wieder ein Grund, weshalb es ihr an der Phantasie für das gegenseitige Abschlichten unter nationalistischen Parolen gebrach. Für jenen Rückfall in die Barbarei, der möglich geworden war auch auf Grund der Schwäche der Arbeiterbewegung, wie sie später einräumen wird. Oder anders gesagt: Es ging ihr um

die Verantwortung der Arbeiterbewegung für die demokratische Entwicklung in der bürgerlichen Gesellschaft, weil die Arbeiterbewegung in ihrem Kampf um Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft zugleich das größte Interesse an den modernen demokratischen Verhältnissen habe, diese voraussetze wie die Luft zum Atmen. Ganz in diesem Sinne schrieb sie über die Nationalitätenfrage im Zarenreich.

Während Lenin in seiner Kritik an dieser Arbeit immer wieder auf den angeblich unlogischen Charakter verwies, er sprach von einer Sammlung logischer Fehler, und behauptete, die Autorin ergehe sich in allgemeinen Betrachtungen, verliere kein Wort darüber, wie die nationale Frage in Rußland gestellt sei und welche Besonderheiten es dabei gebe, beschrieb Warski diese Arbeit vollkommen anders. Auch wenn er im ganzen der Lenin-Kritik zustimmte, charakterisierte er Rosa Luxemburgs Arbeit entgegengesetzt. Den Vorwurf des »Krakauer Horizonts« ließ er durchgehen, räumte gar ein, die ganze SDKPiL sei durch diesen Horizont geprägt gewesen, doch bei der Beschreibung der Luxemburg-Schrift traf er ins Schwarze: Die Arbeit sei überaus logisch aufgebaut und anregend, sie sei allerdings geschrieben aus der Sicht der Interessen des Proletariats eines modernen Landes, so als ob Rußland reif gewesen wäre für entfaltete bürgerlich-demokratische Verhältnisse und einen darauf aufbauenden Weg zum Sozialismus. Damit rief Warski die wohl wichtigste Seite der Schrift »Nationalitätenfrage und Autonomie« in Erinnerung.²⁴

Denn überzeugend ist, wie Rosa Luxemburg die Notwendigkeit aufzeigt, mit der in der heranwachsenden und mächtig werdenden bürgerlichen Gesellschaft Einrichtungen wie öffentliche Bildung, öffentliche Gesundheitsfürsorge, Wasserversorgung und Kanalisation, moderne Verkehrssysteme aller Art, ein modernes Steuersystem zunächst im ureigensten Interesse der Bourgeoisie selbst geschaffen werden, woran die moderne Arbeiterbewegung anzuknüpfen habe, weil sie das größte Interesse an diesen Leistungen besitze. Nahezu prophetisch ist, wenn sie die moderne Arbeiterbewegung in die Pflicht nimmt, die ebenfalls in der bürgerlichen Gesellschaft ausgeformten drei Grundfreiheiten wie einen Augapfel zu hüten – die Freiheit der Meinung, die Freiheit des Zusammenschlusses und die Freiheit des Versammelns. Nur mit ihnen lasse sich das offene öffentliche Leben gestalten und verteidigen, das das Proletariat für seinen Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt wie der Fisch das Wasser benötige. Wer die bürgerliche Gesellschaft ablehne und überwinden möchte, dabei aber diese großartige Mitgift ausschlage, werde sich zwangsläufig früher oder später wieder mit vorbürgerlichen, feudalen Verhältnissen herumschlagen und dort nach Lösungen suchen müssen. So die klare Botschaft, die Rosa Luxemburg in die Schrift »Nationalitätenfrage und Autonomie« hineinlegte. Sie wird von dieser Überzeugung auch nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht ablassen.

Ein starker Faden webt sich von dieser Arbeit hinein in das Fragment über die russische Revolution, das im Sommer 1918 in Breslau im Gefängnis entstehen wird. Sie

²⁴ Vgl. Warski: Wybór pism, Bd. 2, S. 499.

wirft den Bolschewiki vor, »Volksabstimmungen« über die staatliche Zugehörigkeit als das »wahre Palladium jeglicher Freiheit und Demokratie, als unverfälschte Quintessenz des Volkswillens und als die höchste, entscheidende Instanz in Fragen des politischen Schicksals der Nationen« anzusehen. »Der Widerspruch, der hier klafft, ist um so unverständlicher, als es sich bei den demokratischen Formen des politischen Lebens in jedem Lande, wie wir das noch weiter sehen werden, tatsächlich um höchst wertvolle, ja unentbehrliche Grundlagen der sozialistischen Politik handelt, während das famose »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« nichts als hohle kleinbürgerliche Phraseologie und Humbug ist.«²⁵

Nicht selten ist später versucht worden, dieses zu Lebzeiten unveröffentlichte Gefängnismanuskript Rosa Luxemburgs als beiläufig, zufällig herabzustufen. Sie habe, abgeschnitten in der Gefängniszelle, entweder nicht über genügend Informationen verfügt oder aber sich später, nach Verlassen des Gefängnisses, selber korrigiert, indem sie in vorderster Reihe in der Revolution gekämpft und in Deutschland die Kommunistische Partei (KPD) mitbegründet habe. Nie wäre es ihr in den Sinn gekommen, das unfertige Material zu veröffentlichen.

Bemerkenswert auf jeden Fall, daß mit Warski 1922 einer ihrer engen polnischen Kampfgefährten in die gleiche Richtung rief.²⁶ Er sprach von einem verfälschten Testament, ein Vorwurf, der vor allem Paul Levi treffen sollte, der dieses Manuskript nach seinem Bruch mit der KPD in die Öffentlichkeit gebracht hatte. Warski berief sich auf einen Brief, den Rosa Luxemburg ihm Ende November oder Anfang Dezember 1918 geschrieben hatte. »Wenn unsere Partei (in Polen) voll Enthusiasmus für den Bolschewismus ist und zugleich (in einer geheim gedruckten Broschüre) gegen den Brester Frieden der Bolschewiki und gegen ihre Agitation mit der Losung der »Selbstbestimmung der [Nationen]« aufgetreten ist, dann ist es Enthusiasmus, gepaart mit kritischem Sinn – was können wir uns mehr wünschen! [...] Kommt die europäische Revolution, so verlieren die russischen Konterrevolutionäre nicht nur die Unterstützung, sondern – was wichtiger ist – auch den Mut. Also ist der bolschewistische Terror vor allem ein Ausdruck der Schwäche des europäischen Proletariats. Gewiß, die geschaffenen Agrarverhältnisse sind der gefährlichste, wundeste Punkt der russischen Revolution. Aber auch hier gilt die Wahrheit – auch die größte Revolution kann nur das vollbringen, was durch die Entwicklung reif geworden ist. Dieser wunde Punkt kann auch nur durch die europäische Revolution geheilt werden. Und diese kommt!«²⁷

25 Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: GW Bd. 4, S. 347.

26 Adolf Warski: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution, Hamburg 1922.

27 Ebd., S. 6 f. Siehe auch Rosa Luxemburg an Adolf Warski, Ende November/Anfang Dezember 1918, in: GB, Bd. 6, S. 211. Die bei Warski in der deutschsprachigen Broschüre gebrauchte und in den »Gesammelten Briefen« übernommene Wendung »Selbstbestimmung der Völker« wurde entsprechend polnischer Originalfassung des Briefes hier korrigiert in »Selbstbestimmung der Nationen«. Die angesprochene »geheim gedruckte Broschüre« ist die durch den Hauptvorstand der SDKPiL 1918 in Warschau herausgegebene Arbeit »Po gwałcie brzeskim« [Nach der Vergewaltigung von Brest].

Sie kam nicht. Daß Rußland den 1917 eingeschlagenen Weg allein fortsetzen werde, diesen einsamen Weg, der später sogar als mustergültig zu gelten hat (»Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen«), konnte sich Rosa Luxemburg nicht vorstellen. Den militärischen Ausbruchversuch im Sommer 1920, mit dem Lenin die Fackel der Revolution doch noch nach Mitteleuropa zu bringen hoffte, stoppte unweit der Weichsel – an der Spitze einer polnischen Freiwilligenarmee übrigens Marschall Piłsudski. Keine Frage, daß er auch dafür im heutigen Polen verehrt wird.

Doch zurück zu Warskis Kritik am Manuskript über die russische Revolution. Das entscheidende Glied in seiner Beweiskette lautete: Rosa Luxemburg habe im Dezember 1918 gemeinsam mit Jogiches den Entwurf der politischen Plattform der in Gründung stehenden Kommunistischen Partei in Polen zugeschickt bekommen. Es habe von ihrer Seite keine kritischen Einwände gegeben. Diese Plattform, so Warski 1922, sei eine kommunistische gewesen, was bedeute, sie sei gegen die Konstituante, gegen Demokratie gerichtet gewesen. Das aber steht im Widerspruch zu seiner 1929 gemachten Aussage, wonach der Streit der SDKPiL (und der PPS-Lewica und der KPP) mit Lenin mindestens bis ins Jahr 1923 sich erstreckt habe. Glaubhafter ist der Warski aus dem Jahre 1929.

Alles, was sich als Sozialismus im 20. Jahrhundert in Europa zu behaupten suchte, hat den Beweis hinterlassen, daß Sozialismus ohne Demokratie an sich selbst scheitert. Rosa Luxemburg war, als sie im November 1918 das Strafgefängnis in Breslau verließ und mit dem Zug Berlin erreichte, sich des tiefen und eingewurzeltten Zusammenhangs zwischen Sozialismus und Demokratie bewußt.